

Wieweit berühren diese Bemühungen von „Pro Oriente“ nun die Bevölkerung, die Mitglieder der jeweiligen Kirchen? Bleiben die Erfolge nicht nur auf Theologen und Amtsträger der obersten Ebene beschränkt? Im Gespräch verweist Präsident Pifffl-Perčević auf die *große Zahl der türkischen Gastarbeiter* in Österreich, die großteils aus Ostanatolien kommend der syrisch-orthodoxen Kirche angehören. Für deren Seelsorge steht in Wien beispielsweise eine eigene Kirche zur Verfügung, in der wiederholt auch Begegnungen zwischen katholischen Priestern und syrisch-orthodoxen Gläubigen stattfänden. Zu den großen Festen der in Wien vertretenen ostkirchlichen Gemeinschaften ergehen jeweils Einladungen an die katholischen Amtsträger. Es herrsche keinesfalls das Gefühl der Fremdheit, der Feindschaft, der Unterschiede in der Lehre, sondern lediglich der Eindruck, daß die Riten verschieden seien.

### Vertrauensbildung durch Konferenzen und Reisen

Angesprochen auf die Ergebnisse, die die letzte *Reise* einer „Pro Oriente“-Delegation *nach Ägypten* und ins Heilige Land (22. Oktober bis 2. November 1982) gebracht hätten, sieht Präsident Pifffl-Perčević diese – neben Gesprächen mit Vertretern der verschiedenen Patriarchate in Jerusalem vor allem in dem Besuch beim konfinierten koptischen Patriarch Shenouda III., der ohne schriftliche Formalitäten vor sich ging und einerseits das Interesse anderer christlicher Kirchen am Patriarchen dokumentierte

und andererseits die gegenseitige kirchliche und auch politische Vertrauensbildung förderte.

Für die unmittelbare Zukunft stünden – so Pifffl-Perčević – keine solch spektakulären Aktivitäten bevor, wenn man von der Einladung der Patriarchate zur Teilnahme am Österreichischen Katholikentag absehe (ein ökumenischer Gottesdienst für die ostkirchlichen Gäste auch unter Einbeziehung von Gastarbeitern ist geplant). Es sei nicht auszuschließen, daß es intern zur gleichzeitigen Anwesenheit einiger Patriarchen *während des Papstaufenthaltes* komme. Man müsse sich ständig vor Augen halten, daß wirklich ökumenisches Wirken für die Kirchen östlich des eisernen Vorhangs aus politischen Gründen äußerst schwierig sei. „Es ist einfach unmöglich, noch näher an die katholische Kirche heranzurücken, ohne die eigene Kirche zu gefährden“, zitiert Pifffl-Perčević einen östlichen Patriarchen. Patriarch Athenagoras I. habe immer betont, daß nicht auf die Theologen gewartet werden dürfe, sondern es an den Kirchenführungen läge, die von ihnen verursachten Spaltungen zu überwinden.

Da der Wiener Erzbischof Kardinal König im Jahr 1983 sein 78. Lebensjahr erreicht, kommt zweifellos auch der Frage seines Nachfolgers im Amt des Kuratoriumsvorsitzenden von „Pro Oriente“ besonderes Interesse zu. Sicher haben die Aktivitäten der Stiftung auch von seinem persönlichen Einsatz, seiner kenntnisreichen Förderung und seiner feinfühligem Gesprächsfähigkeit über Glaubensunterschiede hinweg profitiert, für die Zukunft darf dieses Maß an persönlichen Voraussetzungen wohl nicht so leicht erhofft werden.

*Leonore Rambosek*

## Kurzinformationen

Die Deutsche Bischofskonferenz hat neue Richtlinien für katholische Beratungsstellen für die gesetzlich vorgesehene Beratung nach Artikel 218b, Abs. 1 erlassen. Die Richtlinien haben den Zweck, die Normen für das Beratungswesen in Zusammenhang mit dem § 218 zu vereinheitlichen. Sie entsprechen in der Substanz den Weisungen, die bisher im Bereich Nordrhein-Westfalen Geltung hatten. Nach den bischöflichen Richtlinien ist das Ziel der Beratung „der Schutz des ungeborenen Lebens durch Überwindung der Not- und Konfliktlage, in der sich die ratsuchende Schwangere befindet“. Diese sei zur Fortsetzung der Schwangerschaft und zur Annahme des Kindes zu ermutigen. Gleichzeitig seien konkrete Hilfen, die dem Ziel der Erhaltung und Austragung der Schwangerschaft dienen, anzubieten bzw. zu vermitteln. In der Beratung, die als persönliche Aussprache stattfinden muß, soll auf die Situation der Ratsuchenden „unter der Berücksichtigung ihrer gesamten Lebensverhältnisse“ eingegangen werden. Die Schwangere sei zugleich, insbesondere aus der Sicht des Glaubens, darauf hinzuweisen, „daß niemand über das Lebensrecht des ungeborenen Kindes verfügen darf“.

Soweit die Schwangere einverstanden ist, sollen weitere Personen, insbesondere der Vater des Kindes und andere Angehörige, die zur Lösung des Konfliktes beitragen, könnten in das Gespräch einbezogen werden. Die Beratung sei von der ärztlichen Indikationstellung streng zu trennen. In einer katholischen

Beratungsstelle finde keine Indikationstellung statt. Es gelte sicherzustellen, daß Beratungsinhalte nicht Grundlage für eine spätere Indikationstellung verwendet werden. Die Mitarbeiter der Beratungsstellen seien deswegen nicht befugt, sich durch Gutachten, Stellungnahmen und Erteilung von Auskünften an einer ärztlichen Indikationfeststellung oder deren Vorbereitung zu beteiligen. Die Anerkennung einer katholischen Beratungsstelle erfolgt durch den zuständigen Diözesanbischof. Anträge auf staatliche Anerkennung katholischer Beratungsstellen dürfen erst gestellt werden, wenn die kirchliche Anerkennung durch den Diözesanbischof erfolgt ist. Die schriftliche Verpflichtung auf die Richtlinien ist Voraussetzung für die kirchliche Anerkennung, alle haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter müssen sich zu ihrer Einhaltung schriftlich verpflichten.

Am 20. und 21. November besuchte Johannes Paul II. Sizilien. Es war der erste päpstliche Pastoralbesuch in Italien, der sich nicht auf einen einzigen Tag beschränkte. Der Papst hielt sich zunächst im *Belice-Tal* auf, wo immer noch zahlreiche Menschen 14 Jahre nach dem Erdbeben von 1968 in provisorischen Barackensiedlungen untergebracht sind. In seiner Predigt sagte der Papst: „In einem an Geschichte, Zivilisation und christlichen Familientraditionen reichen Sizilien ist die Baracke eine Schande und ein

sehr bedenkliches Zeichen, das beleidigt und demütigt“, und beklagte, daß bei der Verteilung der öffentlichen Gelder nicht alles „mit der nötigen Klarheit“ verlaufen sei. Die Talbewohner forderte er zu *Selbstvertrauen* und *Selbsthilfe* beim Wiederaufbau auf. Zweite Etappe des Besuchs war *Palermo*, wo der Papst mit Arbeitern, Theologiestudenten, Priestern, Universitätsdozenten und mit Jugendlichen zusammentraf und insgesamt zwölf Ansprachen und Predigten hielt. Dabei kam er mehrere Male auf die *Mafia* und ihren verhängnisvollen Einfluß auf das Leben in Sizilien zu sprechen, allerdings nicht mit derselben Deutlichkeit und Schärfe wie jüngste Stellungnahmen der sizilianischen Bischöfe oder des Erzbischofs von Palermo, Kardinal *Salvatore Pappalardo*. Bei der Begegnung mit den Vertretern der Stadtverwaltung erklärte Johannes Paul II., die Akte der barbarischen Gewalt, die seit viel zu langer Zeit die Straßen der Stadt mit Blut beflechten, seien eine Beleidigung der menschlichen Würde. Diese Würde werde ebenfalls durch unmenschliche Lebensbedingungen, durch Diskriminierungen bei den Grundrechten und durch wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit beeinträchtigt. In seiner Ansprache vor den Dozenten der Universität beschwor der Papst die *Kraft der Ideen* als Gegengift gegen die tiefgreifenden „Übel“, vor allem diejenigen, die mit dem „fenomeno mafioso“ verbunden seien. Die Mißstände könnten letztlich nur durch das geduldige Werk der *Gewissensbildung* überwunden werden.

Am 16. November wurde im Vatikan ein umfangreiches Dokument mit dem Titel „Die Pastoral der geistlichen Berufe in den Ortskirchen“ veröffentlicht. Es handelt sich dabei um das Ergebnisdokument des Zweiten Internationalen Kongresses von Verantwortlichen für geistliche Berufe, der vom 10. bis 15. Mai 1981 in Rom stattfand. Der Kongreß wurde außer von der Kongregation für die katholische Erziehung auch von den Kongregationen für die Katholischen Ostkirchen, für die Evangelisierung der Völker und für die Ordensleute und Säkularinstitute getragen. Das Dokument (vgl. den Wortlaut im *Osservatore Romano*, 17. 11. 82) skizziert die Bedeutung der Priester- und Ordensberufe in der Kirche; genannt werden auch die Säkularinstitute und der Einsatz in der Mission. Es betont, daß die *gesamte Pastoral* die Aufgabe haben, ein für geistliche Berufe günstiges Klima zu schaffen. Diese Berufe müßten ein grundlegendes Thema für Predigt, Gebet und Katechese werden, nicht nur in direkter, sondern auch in indirekter Form. Als *wichtige Elemente* für eine Pastoral der geistlichen Berufe werden Eucharistie und Bußsakrament genannt, ebenso die Verkündigung des Wortes Gottes in ihren verschiedenen Formen. Hauptverantwortlicher für die Förderung der Berufungen sei der Bischof, der allerdings nicht allein handeln könne. Das Dokument spricht im einzelnen die besondere Verantwortung der Priester und Ordensleute, der Laien, der Familien als Hauskirche, der Pfarreien und anderer Gemeinschaften wie der Basisgruppen für die Weckung geistlicher Berufe an. Ein weiterer Teil des Dokuments ist dem notwendigen Zusammenhang zwischen allgemeiner Jugendpastoral und Pastoral der geistlichen Berufe gewidmet: Die Jugendpastoral werde vollständig und wirksam, wenn sie sich auf die Dimension der Berufungen hin öffne. Es komme vor allem auf die Hinführung zur konkreten und aktiven Teilnahme an Leben und Sendung der Ortskirche an.

Den Putschversuch von Teilen der Luftwaffe im August 1982 nahmen die Bischöfe Kenias zum Anlaß für einen Hirtenbrief, der am 12. September in den Kirchen des Landes verlesen wurde. In dem jetzt vorliegenden Schreiben (Weltkirche 8-9/1982) betonen die

15 Bischöfe insbesondere das Weitergelten der Werte, die aus den afrikanischen Traditionen stammen und die auch im heutigen gesellschaftlichen und staatlichen Zusammenleben ihren regulierenden Einfluß ausüben sollen. Sie unterstreichen die Notwendigkeit *staatlicher Autorität*, die *Würde der menschlichen Person* und das *Recht auf Eigentum*. „Das wesentliche Element einer friedlichen Gesellschaft sind Unterstützung und Gehorsam gegenüber den gesetzlich gewählten Führern, in unserem Fall Präsident Moi und die Regierung.“ Die Bischöfe verhehlen nicht, daß sie „schockiert“ gewesen seien, als sie erfuhren, „daß eine beträchtliche Anzahl der Leute, die bei den Plünderungen dabei waren, sich selbst Christen nennen“. Frieden könne es aber nicht ohne *Gerechtigkeit* geben; „das besagt, daß alle einen Anteil an Landbesitz, verfügbaren materiellen Ressourcen, an politischen Bestrebungen, an Erziehung, an Staatsdiensten etc. haben sollten“. Die Bischöfe erinnern in ihrem Schreiben auch an eine 1965 vom Kenianischen Parlament verabschiedeten programmatischen Erklärung über „Afrikanischen Sozialismus und dessen Anwendung auf die Planung in Kenia“. Sie rege zum „gründlichen Nachdenken über die *Fundamente unserer Gesellschaft*“ an, insbesondere über *Demokratie, Religiosität und Gerechtigkeit*, denen als „Wurzeln“ für das Wachstum und als „Merkmale der afrikanischen Traditionen in Kenia“ eine besondere Bedeutung zukomme. Als vorrangige Aufgaben der kenianischen Gesellschaft nennen die Bischöfe die Bekämpfung der Korruption und die Versöhnung der Bürger untereinander.

Vom 11. bis 18. November fand in Lima die konstituierende Versammlung des „Lateinamerikanischen Rates der Kirchen“ (CLAI) statt. Die Initiative zur Gründung eines solchen Rates war 1978 ergriffen worden. Jetzt stimmten die Delegierten von etwa 100 Kirchen und zehn ökumenischen Organisationen in Lateinamerika der definitiven Verfassung des Rates zu. In ihm arbeiten Pfingstler, Lutheraner, Methodisten, Reformierte, Anglikaner, Orthodoxe und Baptisten mit. Zum Präsidenten des Rates wurde in Lima der Bischof der Argentinischen Methodistenkirche, *Federico Paragua*, gewählt. Paragua führte aus: „Ich glaube, daß unsere Gespaltenheit ein Skandal war für unsere Völker in Lateinamerika. Wir müssen nun dazu beitragen, diesen Skandal zu überwinden.“ Es sei eine wichtige Aufgabe des Rates, die volle Dimension des Evangeliums zu entfalten. Dazu gehöre der Kampf für Gerechtigkeit und Frieden in den Ländern des Kontinents. Es werde in Zukunft nicht mehr möglich sein, das Evangelium nur noch in Worten und für die Ohren zu predigen. Das Hauptreferat bei der konstituierenden Versammlung hielt der bekannte argentinische Theologe *José Miguez-Bonino* zum Thema „Jesus Christus – ein engagierter Ruf zum Reich Gottes“. Die Treue der lateinamerikanischen Christen zum Bund Gottes mit den Menschen müsse im Alltag konkret werden. Beim Dialog über die Einheit müßten sich die Mitglieder des Rates Fragen stellen wie etwa: „Laßt ihr nicht Gefahr, das Evangelium auf ein Programm zur Erneuerung der Gesellschaft zu reduzieren, die Transzendenz zu ignorieren und dem Handeln vor dem Glauben den Vorzug zu geben?“ Andererseits bestehe aber auch die Gefahr einer Predigt des billigen Evangeliums, einer Gnade ohne Engagement und einer Liebe ohne Solidarität. Miguez-Bonino wies darauf hin, daß Katholiken in Lateinamerika die Ehrlichkeit und die Glaubwürdigkeit einiger Formen der Evangelisation in Frage stellten, die ihnen wie reiner Proselytismus vorkämen; Protestanten dagegen machten sich Sorge wegen der katholischen Wiederbelebung des Marienkultes oder wegen Formen der Religiosität, die in ihren Augen nicht biblisch seien.